Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 40 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitherstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 5,90 Mk und durch den Briefträger Mk Einzel-Nummer 15 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitherstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 82 | Dienstag, den 13. Juli 1920. | 59. Jahrgang

Vor 50 Jahren.

Es sind jetzt 50 Jahre, seitdem der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich begann, der in seinem Verlaufe zu dem großen Siege von Sedan, zur Errichtung des deutschen Kaiserreichs und zur Einnahme von Paris führte, und der uns im Frieden zu Frankfurt am Main Elsaß-Lothringen wiederbrachte. Nie hätte es in Deutschland jemand für möglich gehalten, daß 50 Jahre später das deutsche Kaiserreich wieder verschwunden und Elsaß-Lothringen abermals französisch geworden war. Aber durch den verhängnisvollen Weltkrieg ist es dahin gekommen. Geblieben ist uns zwar die äußere deutsche Einheit, aber sie ist im Innern brüchig geworden. Heute, wo wir noch mit der Entente verhandeln, ist keine Zeit, eine Erinnerungsfeier zu veranstalten, sie erübrigt sich nach den erlittenen Verlusten überhaupt. Aber das soll uns nicht hindern, die große deutsche Zeit von vor 50 Jahren zu streifen, die unseren Namen in der ganzen Welt bekannt gemacht und uns einen Respekt gebracht hat, der ungeachtet aller empfangenen Schicksalsschläge auch heute noch besteht.

Der wahre Anlaß zum Kriege von 1870-71 war, daß das französische Kaiserreich vor dem politischen Bankerott stand und einen äußeren Triumph gebrauchte, der seine Stellung befestigte. Seitdem Preußen im Kriege von 1866 die führende Stellung in Deutschland gewonnen hatte, verlangte man in Paris Kompensationen, der heiße Wunsch der chauvinistischen Franzosen nach der Rheingrenze ward wieder lebendig. Der Kaiser Napoleon hatte schon 1867 das Großherzogtum Luxemburg „kaufen" wollen, ein Plan, der an Bismarcks energischem Widerspruch scheiterte. Aber Frankreich rüstete seitdem ausgesprochenermaßen zum Kriege, und der Kriegsminister Leboeuf hatte Anfang 1870 erklärt, die französische Armee sei bis auf den letzten Gamaschenknopf schlagfertig. Napoleon, der kränkelte, schwankte lange. Er versuchte, die süddeutschen Staaten für sich zu gewinnen, was ihm aber nicht gelang. Als im Sommer 1870 die Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern für Spanien in Betracht kam, war in Paris der Kriegsentschluß fertig. Napoleon wurde von der ehrgeizigen Kaiserin Eugenie und seinem Minister Ollivier und dem Herzog von Grammont mit fortgerissen. Der Prinz Leopold trat angesichts dieser kritischen Lage von der Kandidatur zurück, aber in Paris war das Kriegsgeschrei nicht mehr zu betäuben. Man berauschte sich in dem Gedanken, an den „Spaziergang nach Berlin", und die Warnungen einzelner besonnener Männer blieben unbeachtet.

Der 13. Juli 1870 war der entscheidende Tag. Der französische Botschafter Graf Benedetti trat an den zur Erholung in Ems weilenden König Wilhelm von Preußen mit brüsken Forderungen wegen der durch den Verzicht bereits erledigten spanischen Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern heran, so daß der greise, 73jährige Monarch ihm durch seinen Adjutanten sagen ließ, er habe ihm nichts mehr mitzuteilen. Der Kanzler in Berlin veröffentlichte den Sachverhalt in knapper Form, und es ist gerade ein Verdienst Bismarcks, daß er die französische Zumutung in scharfer Weise präzisierte, um so aller Welt zu zeigen, mit wie kleinlichen und nichtigen Mitteln Frankreich den Krieg provozierte. Zugleich veröffentlichte Bismarck in der Londoner „Times" Aktenstücke, durch die er klarstellte, daß Napoleon auch Attentate auf die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten geplant hatte. Der Schrei der Entrüstung über diese napoleonische Gewaltpolitik war allgemein, überall fast wünschte man uns den Sieg. Die Zuversicht des deutschen Volkes war ebenso groß wie seine Einigkeit, König Ludwig von Bayern mobilisierte auf Grund des mit Preußen abgeschlossenen Bündnisses seine Armee als erster deutscher Fürst. Am 19. Juli erklärte Frankreich offiziell den Krieg.

Die Bismarcksche Staatskunst hatte gesorgt, uns für alle Eventualitäten den Rücken zu decken. Rußland stand hinter uns für den Fall, daß Oesterreich Miene machen sollte, die Niederlage von 1866 wett zu machen, obwohl es damals äußerst glimpflich fortgekommen war. Die raschen und großen Siege der deutschen Waffen schalteten jede fremde Einmischung aus, die Heeresführung (Moltke), die Heeresorganisation (Kriegsminister von Roon) und die politische Leitung (Bismarck) arbeiteten mit gleicher weitschauender Genialität Hand in Hand. Die Verhältnisse lagen im Weltkriege gewiß viel schwieriger, um so nötiger wäre aber gerade in ihm die Beherrschung der Gesamtlage und die geschlossene Willenskraft gewesen, die fehlte. Deutschland schloß von seiner Friedensliebe auf die Abgeneigtheit anderer Staaten gegen den Krieg und hat die englische Einkreisungspolitik ebenso wenig gewürdigt, wie die russische Rauhbier. Das letztere geht aus dem bekannten Briefe Kaiser Wilhelms an den Zaren Nikolaus mit drastischer Deutlichkeit hervor. 1870 wurde bei uns nicht mit Hoffnungen gearbeitet, sondern mit Machtfaktoren, die von einem zielbewußten Willen geleitet wurden. Damit rechnen wir, und diese Taten wollen wir auch nicht vergessen. Nicht die Theorie von heute, sondern die Erinnerungen werden uns Kraft und Willen zur Wiederaufrichtung deutscher Wohlfahrt geben!

Wm.

Das neue preußische Wahlgesetz.

Aehnlich wie das Reichswahlgesetz.

Im preußischen Ministerium des Innern ist der Entwurf des preußischen Wahlgesetzes ausgearbeitet worden, der nach der Beratung im Staatsministerium der Landesversammlung bei ihrem Wiederzusammentritt am 15. September zugehen soll.

Nach dem bisherigen Entwurf schließt sich das preußische Wahlgesetz ziemlich eng an das Reichswahlgesetz an; wesentliche Unterschiede bestehen nur in der Einteilung der Wahlkreise und Verbandswahlkreise. Entsprechend der Reichsverfassung sind wahlberechtigt alle in Preußen wohnhaften deutschen Männer und Frauen. Jeder Wähler hat eine Stimme. Das Wahlrecht der politischen Schutzhaftgefangenen ist im Gegensatz zu den übrigen Straf- und Untersuchungsgefangenen ausdrücklich gesichert. Den Tag der Hauptwahl setzt das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Aeltesten-Rat der Landesversammlung fest.

74 Wahlkreise.

Die Vorlage sieht die Einteilung des Landes in 74 Wahlkreise vor: Königsberg-Nord, Königsberg-West, Gumbinnen, Allenstein, sieben Berliner Wahlkreise, Breslau, Potsdam, Frankfurt a. Oder, Kottbus, Stralsund, Stettin, Köslin, Schneidemühl, Oels, Schweidnitz, Waldenburg, Görlitz, Liegnitz, Oppeln, Ratibor, Pleß, Beuthen, Kattowitz, Stendal, Magdeburg, Halberstadt, Bitterfeld, Halle a. S., Naumburg, Erfurt, Flensburg, Kiel, Altona, Aurich, Osnabrück, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Münster, Recklinghausen, Minden, Bielefeld, Gelsenkirchen, Dortmund, Bochum, Hagen, Arnsberg, Kassel, Hanau, Limburg, Wiesbaden, Frankfurt a. Main, Wesel, Duisburg, Krefeld, Düsseldorf, Essen, Elberfeld-Barmen, Solingen, Köln, Gummersbach, Bonn, Koblenz, Trier, Aachen und Sigmaringen.

Auf je 40 000 Stimmen ein Mandat.

In jedem dieser Wahlbezirke werden vier bis sieben Abgeordnete gewählt, und zwar so, daß auf je 40 000 für die Liste einer Partei abgegebene Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Die Reststimmen werden den Verbandswahlkreisen zugeführt. Solcher Verbandswahlkreise gibt es neunzehn, nämlich Ostpreußen, Berlin, Brandenburg, Pommern-Grenzmark, Niederschlesien I, Niederschlesien II, Oberschlesien, Magdeburg, Merseburg-Erfurt, Schleswig-Holstein, Hannover I, Hannover II, Münster-Minden, Arnsberg, Hessen-Nassau und Rheinland I bis IV. In diesen Verbandswahlkreisen entfällt wiederum auf je 40 000 Stimmen ein Mandat. Die Reststimmen der Verbandswahlkreise werden der Landesliste zugeführt, bei der in der gleichen Weise auf 40 000 Stimmen ein Abgeordneter kommt.

Die Bestimmungen über die Wahlhandlung, die Ausübung des Wahlrechtes und die Ermittlung des Wahlergebnisses entsprechen den Bestimmungen im Reichswahlgesetz. Ebenso wie dort ist auch das Wahlprüfungsgericht vorgesehen. Von den Kosten, die den Gemeinden aus den Landtagswahlen entstehen, werden ihnen vier Fünftel vom Lande ersetzt. Alle übrigen Wahlkosten trägt das Land allein.

Ein zweites Versailles.

Das Entwaffnungsprotokoll unterzeichnet. — Der Freibrief für die Besetzung des Ruhrgebiets.

In der Freitag-Vormittagsitzung verteidigte Reichsminister des Aeußeren, Dr. Simons, zunächst nochmals seine Vorbehalte in der Abrüstungsfrage und erklärte, die deutsche Delegation sei nicht berechtigt, die Besetzung weiteren deutschen Gebiets durch ihre Unterschrift zu sanktionieren, da das eine Erweiterung des Versailler Abkommens bedeuten würde und die deutschen Vertreter nicht das Recht hätten, ohne die vorherige Zustimmung des Reichstags hierüber zu entscheiden.

Lloyd George erwiderte darauf, daß die Deutschen mit dieser Bestimmung ja gar nichts zu tun hätten. Sie gehe lediglich die Entente selbst an und stelle eine Drohung dar, mit dem Zweck, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Es trat dann eine kurze Mittagspause ein, die dazu benutzt wurde, um die Dokumente zur Unterzeichnung fertigzustellen. Reichskanzler Fehrenbach erklärte sich offiziell bereit, das Gesamtprotokoll zu unterschreiben, nachdem Lloyd George nochmals klargemacht hatte: Das Protokoll besteht aus zwei Teilen, einem, der Deutschland die Pflicht der Abrüstung auferlegt, und einem zweiten, der den Alliierten Pflichten auferlegt, für den Fall, daß die Deutschen die Bestimmungen nicht erfüllen. Lloyd George erinnerte an das Abkommen, das die Deutschen im Januar unterschrieben hätten, aus dem die Berechtigung der Alliierten zur Besetzung des Ruhrgebiets hervorgehe.

Daraufhin haben die Deutschen um 1 Uhr das Protokoll unterzeichnet.

Bayern macht nicht mit.

Die bayerische Regierung hat wiederholt, wie halbamtlich mitgeteilt wird, zuletzt in der Nacht vom 8. Juli auf den 9. Juli, bei der Reichsregierung Stellung dahin genommen, daß auf die Einwohner- und Sicherheitswehr in Bayern unter keinen Umständen verzichtet werden kann, und daß die vorwiegenden Forderungen der Entente auf Entwaffnung dieser Wehren abzulehnen sei. Die Nachrichten aus Spaa haben diese Haltung der bayerischen Regierung nicht zu ändern vermocht. Sie wird von diesem ihrem unverrückbaren Standpunkt aus ihre Bemühungen fortsetzen, dem Lande den Schutz zu erhalten, dessen Staat und Volk zu ihrer Sicherheit unbedingt bedürfen.

Dies hat die bayerische Regierung in energischer Form der Entente auch direkt mitteilen lassen.

Die Bedeutung der deutschen Unterschrift. — Der Bericht Seeckts und Geßlers.

Bei dem Reichspräsidenten fand Sonnabend vormittag eine Besprechung statt, in der die aus Spaa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Geßler, Staatssekretär Albert und General v. Seeckt Bericht erstatteten. Es wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entwaffnung der Bevölkerung, das heißt also das Einsammeln der in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen gelegt habe. Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen, nachdem der Reichsminister des Aeußern zuvor erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspricht. Die Schlußformel der Unterschrift geht infolgedessen nur dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuchen werde, die Bedingungen auszuführen. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterschrift die Strafklausel nicht deckten. Es wurde weiter klargestellt, daß bei dem Nachdruck, mit dem die Einsammlung der Waffen von der Entente gemäß dem Friedensvertrag verlangt wird, Deutschland hier alsbald zu einschneidenden Maßregeln greifen muß.

Der Kohlen-Raubplan.

Millerand diktiert unerhörte Raubforderungen. — Ein neues Ultimatum.

Die Vollsitzung trat dann um 5½ Uhr zur Besprechung der Kohlenfrage wieder zusammen. Die Delegierten waren von einem zahlreichen Stabe von Sachverständigen begleitet. Ministerpräsident Millerand machte im Namen der Alliierten längere Ausführungen, die darin gipfelten, daß Deutschland mit den Kohlenlieferungen, zu denen es durch den Friedensvertrag verpflichtet sei, im Rückstand wäre. Die Alliierten hätten deshalb bestimmte Beschlüsse gefaßt, die er Deutschland mit der Aufforderung vorlegte, sie sofort zu unterzeichnen. Nach diesem Beschluß der Alliierten wird

1. den Kohlenforderungen Frankreichs die Priorität aus allen deutschen Förderungen gesichert,
2. eine alliierte Kohlenkontrollkommission mit dem Sitze in Berlin eingerichtet, um die gesamte Verteilung der in Deutschland geförderten Kohle zu überwachen und zu beaufsichtigen,
3. Deutschland zur Vorlage eines genauen Kohlenlieferungsplanes für seine gesamte Kohlenwirtschaft zur Genehmigung durch diese Kohlenkontrollkommission genötigt.
4. werden im Falle der Nichterfüllung dieser Bedingungen auf Verlangen der Reparationskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht genommen.

Minister Dr. Simons erklärte im Namen der deutschen Delegation, daß die deutsche Regierung nicht imstande sei, ohne eingehende Besprechung mit den Sachverständigen zu der Angelegenheit sich zu äußern.

Millerand erwiderte, es würde den Deutschen „aus Höflichkeit" gestattet, Sonnabend 11 Uhr noch einmal zur Beratung zu kommen, daß aber nichts was sie sagen könnten an den Bedingungen etwas ändern würde.

Unerhört und unannehmbar.

Ueber die Art, wie sich die Verhandlungen im Konferenzsaal abgespielt haben, herrschte bei der deutschen Kohlenkommission allgemeine Entrüstung. Der Eindruck auf die Deutschen war womöglich noch niederschmettender als der des militärischen Ultimatums. Die deutschen Sachverständigen, besonders Hugo Stinnes, sind im höchsten Grade entrüstet und Stinnes hat bereits erklärt, daß Deutschland diese Forderungen unmöglich erfüllen könne.

Bei den Beratungen der deutschen Delegation haben die Sachverständigen die Forderungen als rundweg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200713-14/fragment/page=0001

unannehmbar bezeichnet. Die noch in Berlin anwesenden Regierungsmitglieder haben die volle Verantwortung der Delegation in Spaa überlassen. Diese wird versuchen, Gegenvorschläge zu machen.

Eine Einigung in der Frage der Kriegsbeschuldigten..

Im weiteren Verlauf der Sitzung am Freitag nachmittag wurde dann in der Frage der Kriegsbeschuldigten ein Protokoll unterzeichnet, das auf den Brief des Präsidenten des Obersten Rates an die deutsche Regierung vom 7. Mai d. Js. Bezug nimmt und feststellt, daß der Oberreichsanwalt in Leipzig direkt mit den obersten Justizbehörden der alliierten Länder in Verbindung treten werde, um durch Entsendung von Kommissionen oder auf anderem Wege die Untersuchung der vor dem Reichsgericht schwebenden Prozesse zu fördern.

Schlimmer denn je.

Fehrenbach ging mit großen Hoffnungen nach Spaa. Und was ist davon übrig geblieben? Ein großer Erfolg ist es schon, so sagte man, daß wir überhaupt als gleichberechtigte Unterhändler mit Lloyd George und Millerand an einem Tisch sitzen können. Wo sind die Verhandlungen, wo ist die Gleichberechtigung geblieben? Spaa beginnt schlimmer zu werden als Versailles. In Versailles war deutscherseits nur eine immerhin untergeordnete Delegation, die man vor den Türen warten ließ. In Spaa sind die Spitzen der deutschen Regierung selbst anwesend, die zwar in den Verhandlungssaal hereingelassen werden, aber nur um ausgefragt, zurechtgewiesen und von Lloyd George in einer aller diplomatischen Ueberlieferung Hohn sprechenden Form regelrecht angeschnauzt zu werden. Eine noch raffiniertere Form der Demütigung als die von Versailles. Die Deutschen in Spaa sind den Ententedelegierten nur dem oberflächlichen äußeren Schein nach gleichberechtigt, in der Tat sind sie, wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" treffend bemerkt, schlimmer daran als ein Angeklagter vor seinen Richtern.

Und die Verhandlung? Wohl, man läßt unsere Delegierten reden, Entschuldigungen vorbringen und Vorschläge machen. Aber das ist auch alles. Beachtet wird von dem, was die Deutschen sagen, gar nichts, es sei denn, daß man aus irgend einem Wort ihnen einen neuen Strick drehen kann. Hinter verschlossenen Türen beschließt die Entente ihre Maßnahmen, und legt sie den Deutschen zur Unterschrift vor, ohne eine Einwendung zuzulassen. Man setzt ihnen die Pistole auf die Brust. Entweder — oder! In Versailles sind die Deutschen auf diesen Bluff hereingefallen, vielleicht tun sie es jetzt auch, so denkt man.

Und bei der Entwaffnungsfrage scheint die Entente mit dieser Spekulation recht gehabt zu haben. Die Deutschen haben unterschrieben. Sie haben der Entente also einen Freibrief zur Besetzung des Ruhrgebiets gegeben. Welche Gründe sie dazu bewogen haben, ist noch nicht klar zu übersehen. Fest steht, daß der Reichstag den Delegierten Vollmachten erteilt hat, im Namen der Regierungserklärung zu handeln, d. h. nichts Unerfüllbares zu unterschreiben. Mehr nicht! Geht die Spaa-Delegation über diese Vollmacht hinaus, unterschreibt sie doch unerfüllbare Forderungen und setzt sie diesen zu schwachen Widerstand entgegen, so kann das die schwersten innerpolitischen Folgen zeitigen. Schon zeigen sich die ersten Folgen: Bayern hat bereits erklärt, daß es die Sicherheitsund Einwohnerwehr unter keinen Umständen auflöst, trotz der Unterschrift Fehrenbachs in Spaa. In der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist man, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, überrascht darüber, daß man in Spaa das Entwaffnungsprotokoll unterzeichnet hat. Die Partei will zunächst den Bericht der in Spaa weilenden Minister Dr. Heinze und Dr. Scholz abwarten, ehe sie Stellung nimmt. Doch hält sie die Entwaffnung für undurchführbar. Die Folge davon, daß evtl. diese Partei aus der mühsam gebildeten Koalition wieder ausscheide, wäre unübersehbar.

Glatt unannehmbar sind aber nach dem Urteil sämtlicher Sachverständigen die Kohlenforderungen. Nimmt Deutschland diese Forderungen an, dann ist sein Schicksal entschieden. Es macht sich freiwillig zum völlig willenlosen Sklaven der Entente. Will man uns vernichten, so können wir nichts dagegen tun. Aber unsere Zustimmung dazu brauchen wir doch nicht zu geben. Was würde man über einen Mann sagen, der, um das Gewissen seiner Feinde nicht mit einem Mord zu belasten, auf ihren Wunsch sich selbst den Kopf abschlägt?

+ **Die polnische Katastrophe.** Die Polen haben Dünaburg und die ganze Front südlich der Stadt geräumt. Das Gebiet ist von den Litauern besetzt. Auch Minsk ist geräumt, die Straßen nach Warschau sind von dem zurückflutenden Heer und zahllosen Flüchtlingen bevölkert. An der Warschauer Börse ist eine Panik ausgebrochen, die polnische Mark ist beträchtlich gesunken, sie gilt in Berlin nur noch 21 Pfg., weniger noch als die österreichische Krone. Ministerpräsident Grabski ist in Spaa eingetroffen, aber eine militärische Hilfe durch die Entente dürfte äußerst zweifelhaft sein. Die Räumung Lembergs wird zwar dementiert, zweifellos ist die Stadt aber ernstlich bedroht.

+ **Wiederaufnahme der englisch-russischen Handelsbeziehungen.** Die Sowjetregierung hat, wie der „Berl. Lok.-Anz." meldet, dem britischen Kabinett mitgeteilt, daß sie grundsätzlich die englischen Bedingungen für die Wiederaufnahme der englisch-russischen Handelsbeziehungen annimmt. — Diese höchst bedeutsame Meldung bedarf noch der weiteren Bestätigung.

+ **Die geradezu hysterische Angst vor Deutschland** ist wohl der Hauptgrund, der die Franzosen zu den ungeheuerlichsten Forderungen an Deutschland treibt. Das zeigen so recht folgende Sätze aus der französischen Zeitschrift „Action francaise": „Es gehört nicht viel dazu, um zu erraten, daß Deutschland mit vor Erwartung klopfenden Herzen den Fortschritten Brussilows folgt. Polen, das jetzt keinen Widerstand mehr bieten kann, ist in Gefahr und damit der ganze Teil des Vertrages, in dem die Karte von Ost- und Mitteleuropa festgestellt worden ist. Die drei nächsten Monate, die drei Monate Aufschub, die in Spaa dem deutschen Militarismus bewilligt worden sind, der durch die deutsche Demokratie durchaus nicht vernichtet ist, können sehr wohl über das Schicksal des jetzigen Europas entscheiden. — Selbst in England zittert man noch immer vor dem sterbenden Löwen. So schreiben die „Times" in einem Artikel zur Schleswigfrage: Eine Gefahr für England liege darin, daß Deutschland im Besitz der schleswigschen Inseln bleibt, die strategisch viel wichtiger seien, als ein Helgoland je gewesen sei.

Keine Einigung in der Kohlenfrage.

Berlin, 12. Juli. Wie die deutsche Allgemeine Zeitung erfährt, ist eine Einigung in der Frage der Kohlenlieferung am Sonntag nicht erzielt worden. Der Optimismus der gestern in der Presse zum Ausdruck kam, entbehrte der tatsächlichen Begründung. In Wirklichkeit sind Rückschläge nicht ausgeschlossen, da sich einer Einigung außerordentliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Die Fortsetzung der gestrigen Sitzung betr. Kohlenlieferung ist auf heute 11 Uhr angesetzt.

Bevorstehende Verlegung der Spaer Konferenz.

Paris, 12. Juli. Petit Parisien meldet, daß die Reihe der großen Konferenzen in den Badeorten (vermutlich Ostende D. Red.) ihren Abschluß finden wird. Lloyd George hat bereits erklärt, daß er auf die künftige Teilnahme verzichten werde, wenn nicht eine Großstadt gewählt würde.

Die Reichspräsidentenwahl.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Reichstag erst beim Wiederzusammentritt im Herbst den Termin der Reichspräsidentenwahl festsetzen. Präsident Ebert hat sich bereit erklärt, bis längstens Ende des Jahres sein Amt weiterzuführen. Die Präsidentenwahl soll erst nach den preußischen Neuwahlen und nach der Abstimmung in Oberschlesien stattfinden. Wahrscheinlich ist mit einer Wahl im Dezember zu rechnen.

Dünaburg von den Bolschewisten genommen.

Nach hier eingegangenen Nachrichten sind die bolschewistischen Truppen südlich von Dünaburg bis zur litauischen Front vorgerückt und haben die Verbindung zwischen der lettischen und der polnischen Front durchbrochen. Die litauische Regierung ist von den Bolschewisten ersucht worden, den Durchmarsch durch litauisches Gebiet nach Polen zu gestatten. Dünaburg, das von lettischen Truppen auf Aufforderung der Polen besetzt worden war, wurde von den Letten geräumt und von den Bolschewisten besetzt.

Basel, 12. Juli. Bulgarien mobilisiert heimlich seine Reserviaten. Eine Anzahl Truppenteile sind an die griechische Grenze nach Thrazien verlegt worden.

Schlägereien zwischen englischen Soldaten und Zivilisten.

Danzig, 12. Juli. Zwischen Kurhaus und Bahnhof Brösen fielen gestern 10 englische Soldaten Badegäste an. Einige Personen wurden blutig geschlagen. Die Freihafenwache konnte die Täter des Streits feststellen. Der englisch-polnische Chef und die Kriminalpolizei haben eine Untersuchung eingeleitet.

Drinnen und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 13. Juli 1920.

= **Vorläufig immer noch 10 Prozent Steuerabzug.** Der neue Beschluß des Reichstages in Sachen des 10-prozentigen Steuerabzugs von Lohn und Gehalt hat zunächst keinerlei Aenderung der Rechtslage herbeigeführt, denn einstweilen handelt es sich nur um einen einseitigen Beschluß des Reichstags, der, da er von diesem ausgegangen ist, erst nach Zustimmung des Reichsrates Gesetzeskraft erlangen kann. Diese steht aber noch aus und würde, auch wenn sie erteilt wird, erst mit Wirkung vom 1. August ab eine neue Rechts- und Sachlage schaffen. In zuständigen amtlichen Kreisen ist man sich so ziemlich darüber im klaren, daß der neue Reichstagsbeschluß die Verhältnisse gegenüber den Vorschriften der Reichsabgabenordnung noch ungleich verwickelter und schwieriger gestalten wird. Deshalb macht man seine Genehmigung erst noch von weiteren eingehenden Erwägungen abhängig. Bis diese abgeschlossen sind, können natürlich auch keinerlei Ausführungsbestimmungen erlassen werden, und das wiederum hat zur Folge, daß die Steuerbehörden und Finanzämter zurzeit noch gar nicht in der Lage sind, den ratlosen Steuerzahlern mit den dringend verlangten näheren und genaueren Auskünften zur Seite zu stehen. Ein Bild der Verwirrung und der Ratlosigkeit also, das ganz getreulich der Gesamtlage unserer neuesten politischen Zustände entspricht. Vorläufig besteht also immer noch der 10prozentige Steuerabzug zu Recht!

= **Der Feldzug Dr. Schlittenbauers gegen den Papierwucher.** Der Abgeordnete Dr. Schlittenbauer (Bay. Volkspartei), der unlängst in der Presse einen viel beachteten Feldzug gegen den Wucher der Papierfabriken unternommen hatte, teilte dem „Bayr. Kurier" mit, daß seine Aktion nicht ohne Wirkung geblieben sei. Wie er hört, soll auf den bereits in Aussicht genommenen neuen Zuschlag von 50 Pf. pro Kilo vom 1. Juli ab verzichtet worden sein. Dr. Schlittenbauer erklärte, daß dies nicht genüge. Es müsse sofort ein Abbau der derzeitigen Papierpreise erfolgen.

= **Der Weltbedarf an Weizen.** Ein Artikel der „Times" beschäftigt sich mit den Einfuhrbedürfnissen der verschiedenen Länder im neuen Erntejahr und kommt dabei auf einen Bedarf von zirka 12,6 Millionen Tonnen Weizen, was gegenüber alarmierenden anderweitigen Angaben eine mäßige Ziffer ist. Der Verfasser weist darauf hin, daß die gegenwärtigen Aussichten der Welternte wesentlich besser seien, als vor längerer Zeit. Frankreich dürfte diesmal nur verhältnismäßig wenig vom Weltmarkt beanspruchen dank seiner eigenen guten Erträge und seines eingeschränkten Verbrauches. Die Ernten von Frühjahrkorn auf dem Balkan, speziell in Rumänien, werden von dieser Seite hoch veranschlagt und mit dortigen Ausfuhrüberschüssen wird gerechnet. Als einer der Hauptkäufer wird auch in dieser Schätzung Italien wegen des Fehlschlags seiner südlichen Distrikte bezeichnet. Für den deutschen Einfuhrbedarf fehlt dem Auslande jeder Maßstab. Er ist jedenfalls für Weizen gegenüber früheren Ansprüchen klein geworden. Der Hauptlieferant wird wieder Nordamerika sein, über dessen Ausfuhrfähigkeit aber solange wenig zu sagen ist, als nicht für den Frühjahrsweizen sich zuverlässigere Urteile fällen lassen.

= **Neue Farben für Briefmarken.** Germaniamarken in neuen Farben, die jetzt zur Ausgabe gelangen sollen, hat die Reichsdruckerei hergestellt. Sobald die alten Bestände aufgebraucht sind, werden die Marken in den neuen Farben ausgegeben. Die Farbentöne sind rotbraun für die Marken zu 5 Pf., orange für die zu 10 Pf., saftgrün für die zu 20 Pf., hellblau für die zu 30 Pf., karminrot für die zu 40 Pf., hellviolett für die zu 50 Pf., olivgrün für die zu 60 Pf., dunkelviolett für die zu 75 Pf., und dunkelblau für die zu 80 Pf.

Miß Ada Robin.

Novelle von Lothar Brenckendorff.

(Nachdruck verboten.)

1. Kapitel.

„Das Zimmerchen ist reizend — ganz nach meinem Geschmack! Und ich gestehe Ihnen offen, daß ich es behalten würde, auch wenn Sie den doppelten Preis dafür gefordert hätten. Ist es Ihnen recht, wenn ich heute noch einziehe?"

Die verwitwete Frau Professor Boretius und ihre Tochter Helene hatten seit einer Viertelstunde mit beständig wachsendem Erstaunen dem Gebaren der fremden jungen Dame zugesehen, die sich auf ihr Zeitungsinserat, daß sie ein möbliertes Zimmer zu vermieten hätten, als die einzige Reflektantin gemeldet hatte. Als Fräulein Helene ihr die Tür geöffnet und den Zweck ihres Kommens erfahren hatte, war sie fest überzeugt gewesen, daß die Unbekannte beim Anblick des überaus bescheidenen, nach einem ziemlich lichtarmen Hofe hinaus gelegenen Stübchens sogleich wieder umkehren würde. Denn sie sah nicht aus wie jemand, der gewöhnt ist, in so dürftiger Umgebung zu leben. Nicht so sehr ihre bei aller Eleganz im Grunde doch einfache Kleidung, als vielmehr eine gewisse unbeschreibliche und doch unverkennbare Vornehmheit in ihrer Haltung, ihren Bewegungen, ihrem ganzen Auftreten hatten in Fräulein Helene die Vorstellung erweckt, daß sie es da mit einer Dame aus der allerbesten Gesellschaft zu tun haben müsse. Die Fremde war gewiß noch nicht mehr als einundzwanzig Jahre alt. Ihre hohe, biegsame Gestalt war von tadellosem Ebenmaß der Formen, und ihr feines Gesicht, belebt durch ein Paar sprühende Augen und ein in jeder Sekunde wechselndes Mienenspiel, erschien den beiden Frauen anmutiger, als sie je zuvor eines gesehen. Sie sprach das Deutsche sehr korrekt und geläufig, doch mit einem Tonfall, der schon beim ersten Wort die Ausländerin erkennen ließ.

Und unter den vielen Dingen, die sie in ihrer lebhaften Weise während dieser kurzen Viertelstunde bereits vorgebracht, war denn auch die Mitteilung gewesen, daß sie Amerikanerin sei und sich halb ihres Vergnügens und halb ihrer künstlerischen Ausbildung wegen vorübergehend in Deutschland aufhalte. Welcher Art die von ihr gepflegte Kunst sei, hatte sie freilich nicht gesagt, aber der silberhelle Klang ihrer Stimme und namentlich ihr häufiges, bestrickend melodisches Lachen hatten die Frau Professor auf die Vermutung gebracht, daß es die Kunst des Gesanges sein müsse.

Schon als sie von der Schwelle aus ihre glänzenden Augen mit raschem Blick über das kleine Gemach hatte hinfliegen lassen, war sie zur aufrichtigen Ueberraschung der beiden Damen ganz entzückt gewesen von der — wie sie sagte — so anheimelnden und gemütlichen Einrichtung, von dem verkümmerten, halb abgestorbenen Kastanienbaum unten im Hofe, der ängstlich seine letzten welken Blätter festzuhalten schien, ja selbst von den Blumentöpfen am Fenster und von dem zwitschernden Kanarienvogel neben dem Ofen.

„Das, gerade das ist es, was ich mir gewünscht habe, und was keine dieser sogenannten vornehmen Pensionen mir zu bieten vermochte," hatte sie einmal über das andere versichert. Und dann hatte sie begonnen, das Zimmer einer genauen Musterung zu unterziehen, indem sie von dem Möbel zum anderen eilte, die Familienbilder an den Wänden ebenso aufmerksam betrachtend wie die Titel auf den Bücherrücken in der als ein Heiligtum gehüteten kleinen Bibliothek des verstorbenen Professors und die zierlichen Handarbeiten, die der Kunstfertigkeit Helenens ihre Entstehung verdankten. Ueberall fand sie etwas zu loben, und selbst an den unscheinbarsten Dingen entdeckte sie Vorzüge, die bisher sogar ihren Besitzern nicht zum Bewußtsein gekommen waren.

Die Frau Professor, eine sanft und etwas vergrämt aussehende Matrone von fünfzig Jahren, hatte nur zögernd und beklommen den Mietpreis des Zimmers genannt, für das sich bisher kein Liebhaber hatte finden wollen, obgleich es das beste der Wohnung war, und obgleich man in Wahrheit alles getan hatte, es nett und behaglich zu machen. Nun wechselten Mutter und Tochter einen Blick freudigsten Erstaunens, da die liebenswürdige Fremde nicht nur keine Einwendungen erhob, sondern sogar ganz offen ihrer Verwunderung über die Bescheidenheit des verlangten Preises Ausdruck gab.

„Gewiß können Sie noch heute einziehen, mein Fräulein," erklärte Frau Boretius zuvorkommend. „Sie sehen, es ist alles zu Ihrer Aufnahme bereit."

„Nun wohl, so werde ich unverzüglich meine Sachen aus dem Hotel hierher bringen lassen. — Aber noch eine Frage! Ich habe sehr viel freie Zeit und bin hier ganz fremd. Da es mir jedoch geradezu ein Lebensbedürfnis ist, immer jemand um mich zu haben, mit dem ich plaudern kann, so müssen Sie mir nicht nur einen Platz in Ihrer Wohnung, sondern auch ein Plätzchen an Ihrem Tische einräumen. Werden Sie dazu bereit sein, meine Damen? — Ein Plätzchen in Ihren Herzen werde ich mir dann schon von selbst zu erobern wissen."

Es wäre ganz unmöglich gewesen, diesem allerliebsten, graziösen Geschöpf etwas abzuschlagen. Die alte Dame gab zwar der Befürchtung Ausdruck, daß ihre bescheidene Lebensweise den Ansprüchen einer verwöhnten jungen Dame schwerlich genügen werde; die Amerikanerin aber erklärte lachend, man könne es ja immerhin auf einen Versuch ankommen lassen, und so war man in kürzester Zeit über alle für das neue Verhältnis in Betracht kommenden Dinge einig geworden.

„In einer Stunde bin ich wieder da," sagte die Fremde, die sich inzwischen als Ada Robin aus St. Louis vorgestellt hatte. „Und nun, da der Vertrag abgeschlossen ist, darf ich Ihnen ja auch sagen, daß ich das Zimmer, wie reizend es immer sein mag, keinesfalls genommen hätte, wenn mir nicht Ihr Gesicht, verehrte Frau, ebenso wie das Ihrer Tochter von vornherein so sympathisch gewesen wäre. Ich bin nun einmal gewöhnt, der Stimme meines Herzens ohne viel Zaudern und Ueberlegen zu folgen, und sie hat mich bisher noch niemals schlecht beraten. Wir werden bald gute Freunde sein, dessen bin ich ganz gewiß."

Sie reichte beiden die Hand und ging.

Helene, die während der letzten zehn Minuten kaum noch ein Wort gesprochen, sondern immer nur voll aufrichtiger Bewunderung auf die schöne Fremde geblickt hatte, wandte sich jetzt an ihre Mutter. „Welch ein herrliches Geschöpf! Gebe der Himmel, daß es ihr in unseren beschränkten Verhältnissen gefällt, und daß wir sie nicht gar zu bald wieder verlieren! Mir ist, als wäre es hier dunkler geworden, seitdem sie fort ist."

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200713-14/fragment/page=0002

— Der erste Tag des diesjährigen **Schützenfestes** brachte herrliches Wetter und infolgedessen einen über alle Erwartungen guten Besuch des Festplatzes. Karussels, Schankzelte, Tanzsaal, das in diesem Jahre zum ersten Male geöffnete Varietee, Schieß-, Spiel- und Verkaufszelte konnten sehr gute Einnahmen verzeichnen. Die Beteiligung der Bevölkerung war, so kann mit Recht gesagt werden, eine allgemeine. Das Schützenfest hat somit seinen alten Ruf als Volksfest nach jeder Richtung hin gewahrt.

— **Gauturnfest Gleina** b. Zeitz. Das schöne Wetter hatte am Sonntag viele Teilnehmer herbeigelockt. Die anwesenden Turner zeigten durchweg Musterleistungen. Ihre sehr guten Vorführungen zeigten gute Vorarbeit. Reichen Beifall erregte der Turnerbund Zeitz mit seinem Knabenturnen. Zu den Freiübungen waren über 100 Turner angetreten. Der erste Sieger errang 128 Punkte. Willi Pabst vom Vereinigten Turnverein, Teuchern war 10. Sieger mit 114 Punkten.

— **Aus dem „Saale-Elster-Gau" im Verband Mitteldeutscher Ballspiel Vereine.** Am Sonnabend fand in Naumburg der Gautag des „Saale-Elster-Gaues" statt, welcher einen würdigen Verlauf nahm. Außer Hohenmölsen waren sämtliche Vereine aus Zeitz, Aue, Trebnitz, Teuchern, Weißenfels, Naumburg und Bad-Kösen vertreten. Die wesentlichsten Punkte aus dem reichen Verhandlungsstoff waren: Aus der Spielserie 1919/20 wurden folgende Meister festgestellt: 1. Klasse „Weißenf. Sportvereinigung" 1. Mannschaft (Gaumeister); Bezirk A 2. Klasse „Weißenf. Teutonia" 1. Mannsch., 3. Klasse „Teutonia" 2. Mannsch., Jugendklasse „Teutonia" 1. Jgd. Mannsch; Bezirk B. 2. Klasse „Zeitzer Sportvereinigung" 2. Mannschaft, 3. Klasse „Spielvereinigung Aue" 2. Mannsch., 4. Klasse „Zeitzer Sportvereinigung" 5. Mannsch., Jugendklasse „Spielvereinigung Aue" 1. Jgd.-Mannsch. Ferner wurde die Klasseneinteilung für die Spielserie 1920/21 die Anfang Sept. beginnt, vorläufig wie folgt festgelegt: 1. Klasse 6 Mannsch. (evtl. kommt noch „Teutonia" und „Teuchern" hinzu), ferner in Bezirk A (Weißenfels-Naumburg-Kösen) und B (Zeitz-Aue-Trebnitz-Hohenmölsen-Teuchern) geteilt noch je eine 3., 4. und Jugendklasse mit zusammen rund 45 Mannschaften. Weiter wurde eine Gaukopfsteuer von 20 Pfg. eingeführt. Als Gauvertreter zum Verbandstage in Zwickau und Kreistag in Halle wurde der 1. Gauvorsitzende gewählt. Die leichtathletischen Gaumeisterschaften werden am 25. Juli in Zeitz ausgetragen. Der nächste Gautag (mit Wahlen) findet am 21. August in Weißenfels statt. Der Gau hatte im letzten ³/₄ Jahr eine Zunahme von über 1000 neuen Mitgliedern zu verzeichnen.

— **Das Bier soll besser werden.** Wie gemeldet wird, beabsichtigen die Brauereien, um den außerordentlichen Rückgang im Bierkonsum aufzuhalten, den Stammwürzegehalt des Bieres zu erhöhen und damit eine erhebliche Verbesserung des Bieres herbeizuführen. Verhandlungen zwischen der Brauindustrie und den Vertretern der Gastwirtsverbände sind bereits eingeleitet. Eine gleichzeitige Herabsetzung der Bierausschankpreise ist ebenfalls vorgesehen. Die geplanten Maßnahmen sind allerdings abhängig von der ausreichenden Belieferung der Brauindustrie mit Rohmaterial, die für das neue Wirtschaftsjahr mit 15 Prozent in Aussicht genommen ist. Zuteilung in dieser Höhe hat die bayrische Brauindustrie vorzugsweise bereits im laufenden Jahre tatsächlich erhalten, während ihre Forderung für das neue Wirtschaftsjahr 40 Prozent beträgt.

— **Eine gute Apfel- und Pflaumenernte** ist nach den Berichten, die der Deutschen Obstbaugesellschaft in Eisenach aus allen bedeutenden Obstbaugebieten Deutschlands zugegangen sind, zu erwarten. Die Ernteaussichten dürften sich wie folgt gestalten: Aepfel gut bis mittel, Birnen mittel bis gering, Pflaumen gut bis mittel, Zwetschen mittel bis gering. Vielen Obstzüchtern sind allerdings die auf die zum Teil überreiche Obstblüte gesetzten Hoffnungen durch späte Maifröste zerstört worden. Zu erwarten ist auch eine gute Weinernte. Nach amtlichen Erhebungen, die über den Stand der Reben im Juni in den hauptsächlichsten Weingebieten erfolgten, wird die Ernte voraussichtlich im Rheingau gut, im übrigen Weingebiet mittel bis gut, an der Weser gut, im Mosel-, Saar- und Ruhrgebiet gut, an der Ahr gut bis sehr gut, im Mosel-, Saar- und Ruhrgebiet gut, an der Ahr gut bis sehr gut, in allen übrigen Weinbaubezirken mittelmäßig sein.

— Die **Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche** hat bisher wenig Erfolge gezeitigt. Die Zunahme der Seuchefälle ist eine äußerst rasche. Nach den Zusammenstellungen des Reichsgesundheitsamtes waren von der Maul- und Klauenseuche befallen:

Am 15. Mai 1920. 399 Bezirke 2326 Gemeinden 14 384 Gehöfte. Am 31. Mai 1920. 500 Bezirke 3574 Gemeinden, 30 394 Gehöfte. Inzwischen ist eine weitere große Zunahme erfolgt.

Ein erfolgreicher Kampf gegen die Viehseuche ist nun mit Hilfe von Dämpfen eröffnet worden, die durch Verdampfungsapparate in den Ställen entwickelt werden. Die Methode wurde schon vor Jahren mit Erfolg erprobt und vom beamteten Tierarzt Roßmann zur Einführung empfohlen. In den letzten Wochen wurden gleichfalls glänzende Resultate erzielt und von behördlicher Seite auf die mit dem Apparat laut vorliegenden Zeugnissen erzielten Erfolge aufmerksam gemacht. Der Apparat, der auch gegen andere Viehseuchen laut Zeugnissen mit Erfolg angewendet wurde, sowie zum Desinfizieren von Ställen verwendet werden kann und behördlich empfohlen ist, wird von der Metallwarenfabrik Friedrich Hanft, Nürnberg, Abt. Apparate, geliefert. Näheres siehe Inserat.

— **Voraussichtliche Witterung am 13. Juli 1920.** Zunehmende Bewölkung, warm, verbreitete Gewitter.

Weißenfels, 9. Juli. Der Beschluß des Magistrats vom 2. Juli, das Schulgeld der höheren Schulen auf 900 und 1200 Mark zu erhöhen, hat in der hiesigen Elternschaft große Erbitterung hervorgerufen. Die Elternbeiräte, der Bürgerausschuß und mehrere Klagestimmen in der Zeitung beschäftigten sich mit dem befremdlichen Beschluß, den sie sowohl als bildungspolitisch als auch als finanzpolitisch verfehlt, bezeichnen. Hier liege ein tragischer oder besser gesagt komischer Widerspruch vor zwischen sozialistischen Parteiidealen und der Praxis. Anzustreben sei die Abstufung des Schulgeldes nach dem Einkommen.

Leipzig, 9. Juli. Die Parteileitung der U. S. P. und das Gewerkschaftskartell Leipzig erlassen an die Hand- und Kopfarbeiter Leipzigs einen Aufruf zu einer Massen-Demonstration am Nachmittag des 13. Juli auf dem Augustusplatze. Die Demonstration soll sich gegen den Lebensmittelwucher, die Schließung der Betriebe, den Abbau der Erwerbslosenunterstützung und den Steuerabzug richten.

Leipzig, 6. Juli. Bei der Leipziger Kriminalabteilung befindet sich eine 29jährige Frau Heine aus Leipzig-Volkmarsdorf in Haft, die seit längerer Zeit ihren Unterhalt dadurch bestritt, daß sie vorgab, Zucker besorgen zu können, jedoch dann stets Salz an die Betrogenen aushändigte, dieses sich aber als Zucker hoch bezahlen ließ. Sie hat diese Betrügereien aber nicht nur in Leipzig, sondern auch an vielen anderen sächsischen Orten verübt.

Dessau, 10. Juli. 50 000 Schweine beabsichtigt der landwirtschaftliche Zentrallieferungsverband in Anhalt auf Grund eines mit den Landwirten abzuschließenden oder bereits abgeschlossenen Schweinemastvertrages mästen zu lassen, um auf diese Weise so schnell wie möglich zur Beseitigung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Fleisches zu kommen. Der Verband hat entsprechende Futtermittel preiswert eingekauft und gibt diese an die Mäster ab.

Erfurt, 9. Juli. Der Schneidermeister Sylvester Kresser aus Sömmerda hatte sich wegen fortgesetzten schweren Sittlichkeitsverbrechens vor der Strafkammer zu verantworten. Obwohl 5 Mädchen im Alter von 10 bis 12 Jahren den Angeklagten schwer belasteten, sprach die Kammer diesen frei mit folgender Begründung: Gerade dadurch, daß die Aussagen der Kinder in vielen Punkten übereinstimmten, könne das Gericht diesen die volle Glaubwürdigkeit nicht beimessen. Die Staatsanwaltschaft hatte 2 Jahre Zuchthaus beantragt. Es erfolgte sofortige Entlassung aus der Haft.

Duderstadt, 10. Juli. Unter heftigen Schmerzen starb hier der elfjährige Franz Schaberg, nachdem er Stachelbeeren und grüne Aepfel gegessen und darauf Wasser getrunken hatte.

Heiligenstadt, 10. Juli. Die Maul- und Klauenseuche ist nun auch auf dem Eichsfelde ausgebrochen. Es sind alle behördlichen Maßnahmen getroffen, um sie einzudämmen und in dem ohnehin sehr gelichteten Viehbestande nicht noch größere Lücken entstehen zu lassen.

Vermischtes.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Marienwerder, 12. Juli. Die bisher vorliegenden Resultate der Abstimmung ergeben eine überwältigende Mehrheit für die deutsche Sache. Selbst in den Ortschaften, wo eine starke polnische Bevölkerung vorhanden ist, ist eine Abstimmungsziffer erreicht worden, die das übrige Resultat in keiner Weise beeinflussen kann. Die Stimmung auf deutscher Seite ist siegesbewußt. Bisher ist es zu Unruhen nicht gekommen. In der Stadt Allenstein betrug die deutsche Beteiligung über 95 Proz. Bis 12 Uhr nachts war folgendes Gesamtresultat festgestellt worden: 27 537 Deutsche, 4085 Polen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Ergebnisse aus den beiden übrigen deutschen Kreisen Marienburg und Rosenberg nicht eingerechnet sind.

Exkaiserin Eugenie †. Wie ein Londoner Reutertelegramm vom 11. Juli berichtet, ist nach Zeitungsmeldungen aus Paris die Witwe Napoleons III., Kaiserin Eugenie, am Sonntag nachmittag in Spanien im 94. Lebensjahre verschieden.

Die Milliardenerpressung durch Besatzungstruppen.

Köln, 9. Juli. Bei der zweiten Beratung des städtischen Haushaltsplanes teilte der Stadtverordnete Sollmann, mehrheitssozialistisches Mitglied des Reichstages, mit: Die Unkosten für die Besatzungstruppen im Rheinland belaufen sich auf mehrere Milliarden höher, als man bisher angenommen hat. Die genauen Abschlußziffern stehen noch nicht fest.

Berlin, 12. Juli. In Erkenntnis der entsetzlichen Folgen der Hungerblockade und der Ablieferung des Milchviehes an Frankreich und Belgien haben mildtätige Amerikaner vorläufig mehrere 100 000 fette Milchkühe nebst dem dazu gehörigen Kraftfutter und weitere tausend Schweine, im ganzen wahrscheinlich 100 000, in Aussicht gestellt, um die notleidenden und darbenden deutschen Kinder in den Großstädten vor dem Verhungern zu bewahren. Die Uebernahme und Verteilung ist dem deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe des Roten Kreuzes übertragen. Deutschland muß für den Transport sorgen und wird an die Interallied Maritime Service Board in London mit der dringenden Bitte herantreten, von den zur demnächstigen Ablieferung vorgesehenen und zum Viehtransport geeigneten Neubauten zum Viehtransport aus Amerika Schiffe zur Verfügung zu stellen, um die Ausführung des amerikanischen Liebeswerks zu ermöglichen.

Riesenbetrug an der Fahrkartenausgabe des Anhalter Bahnhofs. Bei der Fahrkartenausgabe des Anhalter Bahnhofs in Berlin war seit etwa Jahresfrist der Dienstanfänger Kurt Anders aus Schöneberg tätig. Gegen Ende des vorigen Monats meldete sich Anders krank und erschien auch nicht wieder auf seinem Posten. Jetzt hat sich herausgestellt, daß Anders am Tage vor seiner Krankmeldung die Tageskasse, in der sich buchmäßig etwa ein Bestand von 130 000 Mk. befinden mußte, nicht abgeliefert hatte. Sofort eingeleitete Ermittelungen ergaben, daß der angebliche Kranke nicht in seine Wohnung zurückgekehrt, sondern geflüchtet ist. Eine sofort angeordnete außerordentliche Prüfung der Fahrkartenbestände und der Buchführung des Anders hat ergeben, daß er außer der letzten Tageseinnahme auch durch Fälschungen der Buchführung, sowie durch andere geschickte Betrügereien im Laufe der letzten Monate mehr als 134 000 Mark veruntreut hat, so daß die veruntreute Summe, die noch nicht genau feststeht, weit über 280 000 Mk. beträgt.

* **Raub einer Schiffsladung vereitelt.** Der frühere Postaushelfer Herbert, der wegen Unregelmäßigkeiten entlassen war, wollte sich in den Besitz der Avise setzen, durch die die Speditionen die Berliner Firmen vom Eingang der für sie bestimmten Frachtgüter benachrichtigen. Zu dem Zweck wartete er am Hafen das Einlaufen des Frachtdampfers „Gneisenau" ab, der zwischen Hamburg und Berlin verkehrt. Gegen Zahlung von 300 Mark bewog er einen im Amt noch tätigen Kollegen Müller, ihm den Dreikantschlüssel für die Briefkästen und die Briefeinlieferungstasche zur Verfügung zu stellen. Dann leerte er drei Briefkästen, die um das Speditionsbüro herum liegen. In dem dritten fand er die von der Spedition versandten Avise. Er steckte sie zu sich, während er die anderen Briefsachen dem früheren Kollegen zur Ablieferung an das Postamt wieder übergab. Mit den erbeuteten Avisen trieb er in der Neuen Schönhauser Straße einen schwunghaften Handel. Die Kriminalpolizei erhielt jedoch bald Kenntnis hiervon, und dank deren Eingreifen konnten Herbert, Müller und die Abnehmer der Avise verhaftet werden. Unter den Verhafteten befinden sich Personen, die als mit Zuchthaus vorbestrafte Hehler und Schieber bekannt sind.

* **Moderne Seeräuber.** Durch die Verhaftung dreier Seeleute an Bord eines Dampfers im Newyorker Hafen ist es gelungen, einer belgischen Verbrecherbande auf die Spur zu kommen, wobei es sich erwies, daß die Schiffe der Internationalen Handelsmarine während des letzten Jahres um Güter im Werte von 5 Millionen Dollar beraubt worden sind. Während der Reisen sind Kisten erbrochen und mit Ballast wieder aufgefüllt worden, während die gestohlenen Güter in den Bunkern versteckt und dann später an Land geschmuggelt wurden.

* **Probefahrt von „L. 72".** Freitag vormittag machte das neueste und größte Zeppelinluftschiff „L. 72", das vor Ausbruch der Revolution von der Marineverwaltung in Auftrag gegeben und erst jetzt fertiggestellt worden ist, seine erste, glänzend verlaufene Probefahrt. Das Luftschiff muß in Bälde an Frankreich abgeliefert werden.

* **Der Landarbeiterstreik in Pommern.** Der Landarbeiterstreik in der Provinz Pommern ist immer noch nicht beendet. Im Kreise Köslin ist die Lage unverändert, im Kreise Saazig hat sich der Streik weiter ausgedehnt. In den Kreisen Belgard und Rummelsburg wird noch gestreikt. In Belgard wollten die Landarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen, doch wurde es ihnen vom Leiter des Landarbeiterverbandes in Belgard untersagt. Die Besitzer haben es daraufhin abgelehnt, mit dem Verbande zu verhandeln. In Neustettin hat die Leitung des Landarbeiterverbandes beschlossen, den Streik am 10. Juli zu erklären, falls nicht bis dahin eine Erklärung der Arbeitgeber vorliegt, daß sie Tarifverhandlungen einleiten wollen. Die Verhandlungen wurden von den Arbeitgebern jedoch abgelehnt. In ganz Hinterpommern herrscht unter der Bevölkerung eine ziemliche Erregung gegen den Landarbeiterverband, der die Arbeiter immer wieder in neue Streiks hineinhetzt, so daß die Städte in neue Ernährungsschwierigkeiten kommen. Ist doch die Stockung der Kartoffelversorgung zum großen Teil auf den Landarbeiterstreik zurückzuführen. Auch die Heuernte liegt noch auf den Wiesen, trotzdem gerade zum Einbringen in den letzten acht Tagen das denkbar günstigste Wetter gewesen wäre.

* **Streik der Leichenbestatter.** In Wien sind die städtischen Leichenbestatter in den Ausstand getreten. Infolge des Streiks sind zahlreiche Störungen bei Beerdigungen vorgekommen. Die Leichen konnten nicht bestattet werden und wurden in die Totenkammer zurückgebracht.

= **Kaltes Blut gegenüber der Entente** muß auch für die Zukunft die Parole bleiben, denn aus den rigorosen Zumutungen für die Entwaffnung, die an uns gerichtet wurden, können wir uns denken, wie es mit der Kriegsentschädigung kommen wird. Lloyd George ist sehr gut über die Verhältnisse in Deutschland unterrichtet, und wir werden schon noch zu hören bekommen, daß ein großer Teil der deutschen Bevölkerung nicht so lebt und sich nicht so einschränkt, wie es der Ernst der Zeit erfordert. Die Tonart der Entente hat sich durch die deutsche Ruhe etwas geändert, und deshalb bleibt der Hinweis auf die tatsächlichen Verhältnisse unser stärkster Schutz. Aber ohne erhöhte Energie im Innern dringen wir nicht durch. Die überstürzte Ausarbeitung der Gesetze, wie sie bei uns seit Weimar üblich ist, taugt nichts, aber die nicht minder überhastete Aenderung macht sie nicht viel besser. Früher ist so oft über mangelnde Klarheit und zu geringen volkstümlichen Ton in den Gesetzen geklagt worden, aber heute ist es damit noch schlimmer. Eine straffe Form der Gesetze wird auch besseren Gehorsam schaffen, als er heute leider besteht, wo Tausende sich über den wahren Ernst der Zeit noch immer nicht völlig klar geworden sind. Der wird aber nun augenfällig werden.

= **Vom Regen in die Traufe** kommen die Abrechnungsstellen für den Einkommensteuer-Abzug, Arbeitgeber sowohl wie Finanzämter, durch die vom Reichstag neu beschlossenen Aenderungen, die vom 1. August ab in Kraft treten sollen. Die festgesetzten Milderungen sind mit so viel Umständlichkeiten verbunden, daß sie ganz gehörige Zeit bis zur Regelung in Anspruch nehmen werden. Und dann am Abschluß des Steuerjahres nochmals eine Abrechnung und Nachrechnung, die erst recht böses Blut machen wird, denn die wenigsten Steuerpflichtigen denken daran, daß alle die wöchentlichen Gehalts- und Lohnabzüge nur vorläufige Zahlungen sind.

° **Berlin.** Im Reichsrat kam es bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern zu einem Zusammenstoß des Haushaltsausschusses mit Reichsminister Dr. Koch. Das Plenum schloß sich dem Ausschuß einstimmig an und strich einen von dem Minister geforderten Posten.

° **Köln** Nach einer Mitteilung des Kölner Reichstagsabgeordneten Sollmann haben die Kosten der rheinischen Besetzung den Voranschlag um mehrere Milliarden überschritten.

° **München.** Die bayerischen Sozialdemokraten haben jede Teilnahme an der Bildung der Landesregierung abgelehnt.

° **Tilsit.** Rechtsanwalt Ernst Bolck (Soz.) in Tilsit ist als Regierungspräsident von Königsberg vom preußischen Staatsministerium bestätigt worden.

Die Hohkönigsburg französisches Nationaldenkmal. Nach Berichten Straßburger Blätter hat das dortige Generalkommissariat in Uebereinstimmung mit dem französischen Ministerium den Beschluß gefaßt, die dem ehemaligen Deutschen Kaiser gehörige Hohkönigsburg bei Schlettstadt zu einem Nationaldenkmal für die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich auszubauen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200713-14/fragment/page=0003

Bekanntmachung
betr Aenderung an Kreisschulaufsichtsbezirken.

Wir haben mit dem 1. Juli ds. Js. die Schulen in Goldschau, Großgeiswitz, Großhelmsdorf, Launewitz, Lindau, Löbitz, Meyhen, Schkölen und Zschorgula von der Kreisschulaufsicht Teuchern abgezweigt und dem Kreisschulinspektor in Naumburg unterstellt. Die Schulen in Aspitz, Göthewitz, Granschütz, Köpsen, Kötzuln, Mötzuln, Steckelberg, Taucha, Wählitz und Webau von der Kreisschulaufsicht Teuchern abgezweigt und dem Kreisschulinspektor in Weißenfels unterstellt.

Merseburg, den 18 Juni 1920.

Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Verordnung,
betreffend die Außerkurssetzung der Silbermünzen.

Auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft vom 17. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 394) wird von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und des von der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung gewählten Ausschusses folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die 1/2-Mark-Stücke, 1-Mark-Stücke, 3-Mark-Stücke und 5-Mark-Stücke sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2 Mark-Stücke sind einzuziehen; sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel.

§ 2. Bis zum 1. Januar 1921 werden 1/2-Mark-Stücke, 1-Mark-Stücke, 3-Mark-Stücke und 5-Mark-Stücke sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2 Mark-Stücke bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine umgetauscht.

§ 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchlöcherte und andere als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

§ 4. Die Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 13. April 1920.

Der Reichsminister der Finanzen. Dr. Wirth.

Bekanntmachung.

Die Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft zu Halle hat den Antrag gestellt ihr das Recht, die Grubenwässer ihres im Landkreis Weißenfels, Bergrevier Zeitz belegenen Braunkohlenbergwerkes Vollert bei Deuben in den Zellschenbach abzuleiten, in das Wasserbuch des Zellschenbaches einzutragen

Indem wir den Antrag hiermit zur öffentlichen Kenntnis bringen, weisen wir darauf hin, daß Widersprüche gegen die begehrte Eintragung bis zum 31. Juli d. Js. bei dem unterzeichneten Bezirksausschuß anzubringen sind, auch ist ihnen eine Abschrift beizufügen.

Während dieser Frist können die von der Antragstellerin eingereichte Beschreibung, Lageplan sowie zum Nachweise des Rechtes vorgelegten Urkunden auf dem Landratsamt zu Weißenfels eingesehen werden.

Wenn in der gestellten Frist niemand widerspricht, wird das behauptete Recht in das Wasserbuch eingetragen werden, die Eintragung gilt dann bis zum Beweise des Gegenteils als richtig, soweit sie nicht etwa mit dem Grundbuch in Widerspruch steht.

Merseburg, den 29. Juni 1920.

Der Bezirksausschuß (Wasserbuchbehörde)

Amtlich.

Für Brotgetreide (Roggen, Spelz-Dinkel, Fesen-Emer und Einkorn) und Gerste aus der Ernte 1920 wird neben den gesetzlichen Höchstpreisen, wenn die Ablieferung vor dem 1. August 1920 erfolgt, ein Lieferungszuschlag von 200 Mk. und wenn die Ablieferung vor dem 16. September 1920 erfolgt, ein Lieferungszuschlag von 150 Mk. für die Tonne gezahlt.

Weißenfels, den 9. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses Getreide- und Mehlstelle.

Betr. Ernteschätzung.

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 4. Juni 1920 (R. G. Bl. S. 1129) über die Ernteschätzung im Jahre 1920 findet in den nächsten Tagen eine Schätzung für Weizen, Spelz, Roggen, Gerste, Hafer und Gemenge aus diesen Getreidearten, statt

Die Schätzung wird von den Ausschüssen vorgenommen, die für jeden Ortsbezirk gebildet werden. Die Mitglieder der Ausschüsse sind berechtigt, zur Feststellung der Erträge die landwirtschaftlichen Grundstücke zu betreten und von den Früchten Handproben zu entnehmen.

Weißenfels, den 9. Juli 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Getreide- u. Mehlstelle.

Betrifft: Jauche- und Dünger-Abfuhr und Ausmisten der Stallungen in Gehöften, die wegen Maul- und Klauenseuche gesperrt sind.

Kreiseingesessene, deren Gehöft wegen Maul- und Klauenseuche gesperrt ist, ersuche ich etwaige Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zur Jauche- und Dünger-Abfuhr und zum Ausmisten der Stallungen in Zukunft sofort **unmittelbar** an den zuständigen Gendarmeriewachtmeister zu richten. Die Gendarmeriewachtmeister sind von mir mit einer entsprechenden Anweisung versehen.

Weißenfels, den 9. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.

Pflaumen-Verkauf

Der Pflaumen-Anhang der Gemeinde **Jaschendorf** soll **Mittwoch den 14. Juli** abends 6 Uhr im Gasthof zu Krauschwitz verkauft werden. Bedingungen im Termin.

Der Gemeindevorsteher.

Vieh-Markt.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht daß hierselbst am

16. Juli 1920 Viehmarkt

stattfindet.

Teuchern, den 6. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung. Hinniger.

Lichtspiele „Weiße Wand",

Achtung! 3 Tage! Achtung!

Heute Montag, d. 12. Dienstag, d. 13 und Mittwoch d. 14.

D. weissen Rosen von Ravensberg

Nach dem gleichnahmigen Roman von Euphemia von Adlersfeld—Ballestrem in 6 wuchtigen Akten

In einer düsteren Zelle des Strafgefängnisses sitzt Marie von Ravensberg. Vor ihr steht der Geistliche, vergebens sucht er die Gefangene zur Reue und Bekennung der furchtbaren Blutschuld zu überreden, trotzig und kalt lässt sie alles über sich ergehen. Da sieht sie auf dem Tische der Zelle drei weisse Rosen liegen — die Todesrosen von Ravensberg.

Getrennte Vorführung, 5^30 7^30 u. 9 Uhr

I. Platz im Vorverkauf

Sinngemässe Musikbegleitung.

Voranzeige.

Sonntag, den 18. Juli 1920

feiner Ball

Anfang 4 Uhr

im Gasthof zur Hoffnung Oberwerschen.

Einheitsverband d. Kriegsbesch. u. Hinterbl.

Ortsgruppe Teuchern.

Einlegekirschen

Schattenmorelle Pfd. 1,30

Täglich frisch gepflückte

Bohnen

Wachs Pfd. 60 Pfg.

empfiehlt

Osw. Hildebrand.

Zur Beachtung!

Empfehle

Salz-, marinierte- und geräucherte Heringe, Rollmöpse, Oelsardinen, Heringe in Geele u. Sardinen, Schokolade, amerikanisches **Schweineschmalz, frisches Obst und Gemüse.**

Ferner sind

Schag-Tabak und englische Zigaretten

eingetroffen

Robert Weber.

Eine große

Hängelampe

ist hier zu verkaufen.

Es trifft ein und empfiehlt für Dienstag

frischen Seefisch

Edwin Harnisch.

Nervenleiden

aller Art, wie **Neuralgie, Neurasthenie, Schlaflosigkeit** usw. werden wirksam bekämpft und geheilt durch den weitbekannten

Wohlmuthschen

elektro-galv. Heil-Apparat

Derselbe wird von hervorragenden Gelehrten und vielen Tausenden von Familien glänzend begutachtet.

Verkauf u. Vermietung

durch

Th. Ziegner, Naumburg a. S., Seminarstr. 8.

Vertreter überall gesucht!

Gerstenstroh und Haferspreu

hat abzugeben

Carl Hoffmann.

Rapsstroh

gibt fuhrenweise billigst ab

Hugs Berger.

Reife

Stachelbeeren

a Pfd. 1 Mk

verkauft **E. Schwager,** Grüner Weg 6.

Eine Melkziege

zu verkaufen

Weg n. Werschen 4.

6 Stück

flügge Gänse

zu verkaufen

Grüner Weg 7.

Ein grauer

Velour-Hut

mit schwarzem Band, ist Sonntag abend auf d. Osterfelderstr. verloren worden.

Gegen Belohnung in der Geschft. ds. Bl. abzugeben

Ein Paar fast neue weiße

halbe Schuhe

Größe 40 preiswert zu verk.

Nessaerweg 2.

Mehrere Tausend

alte Dachziegel

sind noch abzugeben

Kröffulu 33.

Schlafstelle

sofort gesucht.

Offerten unter **A. Z. 11** an die Geschäftsstelle erbeten.

Junger Herr sucht für sofort

Schlafstelle

Offerten unter **E. R.** an die Geschft. d. Bl. erbeten.

Eine Schlafzimmer-Einrichtung

mit **Matratzen** und **Belege** verkauft zu billigen Preise

Reinhold Müller, Kistritz.

Ein Paar

Damenschnürschuhe

Nr. 41, verkauft

Schortauerstr. 7, 1 Tr.

Kinderliebes

Mädchen

15 Jahre sucht Stelle als **Kindermädchen** zu 1—2 Kindern Off. an d. Exp. d. Bl.

Junges

Dienstmädchen

bei gutem Lohn gesucht

Bäckerei Oberneffa.

Karl Dünnebier,

Schuhmacher, Teuchern, Bahnstr. 7.

empfiehlt sich zur Anfertigung von

Maßarbeit und Reparaturen

zu herabgesetzten Preisen.

Für feine

Herren-Schneiderei

empfiehlt sich

Richard Wetzel, Gröben.

Dienstag zum Wochenmarkte

Frische Heidelbeeren

bestimmt eintreffend empfehle billigst. **Becker.**

Gegen

Maul- und Klauenseuche

bewähren sich

Hanfts Seuchen-Apparate

D. R. P a. System Ungelenk D R. G. M. 591515) am Besten. **Jeder Tierhalter,** der sich vor grossem Schaden bewahren will, **muss den Apparat anwenden. Glänzende Erfolge! Behördliche Empfehlungen.** Verlangen Sie sofort Prospekte. Bezirksvertreter, welche bei Landwirten gut eingeführt sind, gesucht. **Friedr. Hanft,** Nürnberg. Abt. 116 Apparate.

Briefpapier

in Kassetten und losen Packungen empfiehlt

Otto Lieferenz.

Achtung!

Der geehrten Einwohnerschaft von Teuchern und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, dass ich das

Bärthelsche Geschäft

übernommen habe.

Da es mein Bestreben sein wird, einer werten Kundschaft das Beste zu bieten, bitte um Unterstützung.

Robert Weber,

Oberstr. 7.

Kriegsinvalid hat Sonntag abend 11 Uhr von seinem Handwagen auf dem Schützenplatze

eine Tasche

verloren. Abzugeben gegen Belohnung a. Spielwarenstand.

Zur Ausführung von Terrazzofußboden

in jeder gewünschten Ausführung empfiehlt sich

Hans Kerstan,

Weißenfels a. S.

Leopold-Kellstr. 20.

Postkarten

Briefumschläge

Briefbogen

Rechnungen

Quittungen

empfiehlt

Otto Lieferenz

Teuchern.

Neu entdeckte Heilkur gegen Gicht, Rheumatismus, Ischias und Adernverkalkung

durch eine ganz einfache Hauskur ohne Berufsstörung, ohne besondere Diät auch im Winter anzuwenden. Gegen Einsendung von 50 Pfg. in Marken für Porto und Papierunkosten sende ich Ihnen die vollen Beweise zu, wie im Jahre 1919

3000 Leidende Heilung fanden.

Sind Sie schwer oder leicht leidend, so senden Sie Ihre Adresse an

Ernst Horn

Magdeburg,

Kühleweinstr. 34.

Für die uns zu unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken herzlichst

Willy Kahl u. Frau

Anna geb. Freyer.

Für alle Ehrungen u. Glückwünsche zu unserer SILBERHOCHZEIT sagen innigsten Dank.

R. Vogel und Frau

Marie geb. Barthel.

Todesanzeige.

Sonnabend nacht starb nach langen, schweren Leiden, unsere einzige Tochter und Schwester

Frieda

im Alter von 9 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Paul Schaller u. Frau

nebst Geschwistern.

Werschnerweg 7.

Beerdigung Mittwoch nachm. 3 Uhr.

Schriftleitung, Druck und Verlagnon Otto Lieferenz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200713-14/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 40 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk., von unseren Boten ins Haus gebracht 5,90 Mk. und durch den Briefträger Mk. Einzel-Nummer 15 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 82 | Dienstag, den 13. Juli 1920. | 59. Jahrgang

Vor 50 Jahren.

Es sind jetzt 50 Jahre, seitdem der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich begann, der in seinem Verlaufe zu dem großen Siege von Sedan, zur Errichtung des deutschen Kaiserreichs und zur Einnahme von Paris führte, und der uns im Frieden zu Frankfurt am Main Elsaß-Lothringen wiederbrachte. Nie hätte es in Deutschland jemand für möglich gehalten, daß 50 Jahre später das deutsche Kaiserreich wieder verschwunden und Elsaß-Lothringen abermals französisch geworden war. Aber durch den verhängnisvollen Weltkrieg ist es dahin gekommen. Geblieben ist uns zwar die äußere deutsche Einheit, aber sie ist im Innern brüchig geworden. Heute, wo wir noch mit der Entente verhandeln, ist keine Zeit, eine Erinnerungsfeier zu veranstalten, sie erübrigt sich nach den erlittenen Verlusten überhaupt. Aber das soll uns nicht hindern, die große deutsche Zeit von vor 50 Jahren zu

elt bekannt
t, der un-
auch heute

70-71 war,
politischen
gebrauchte,
reußen im
n Deutsch-
arts Kom-
ichen Fran-
ewig. Der
roßherzog-
n, der an
rte. Aber
aßen zum
tte Anfang
s auf den
, der krän-
üddeutschen
icht gelang.
es Prinzen
n Betracht
ig. Napo-
ugenie und
von Gram-
trat ange-
tur zurück,
nehr zu be-
en, an den
igen einzel-

Tag. Der
at an den
ilheim von
r durch den
onkandida-
heran, so

daß der greise, 73jährige Monarch ihm durch seinen Adjutanten sagen ließ, er habe ihm nichts mehr mitzuteilen. Der Kanzler in Berlin veröffentlichte den Sachverhalt in knapper Form, und es ist gerade ein Verdienst Bismarcks, daß er die französische Zumutung in scharfer Weise präzisierte, um so aller Welt zu zeigen, mit wie kleinlichen und nichtigen Mitteln Frankreich den Krieg provoziere. Zugleich veröffentlichte Bismarck in der Londoner „Times" Aktenstücke, durch die er klarstellte, daß Napoleon auch Attentate auf die Selbständigkeit der süddeutschen Staaten geplant hatte. Der Schrei der Entrüstung über diese napoleonische Gewaltpolitik war allgemein, überall fast wünschte man uns den Sieg. Die Zuversicht des deutschen Volkes war ebenso groß wie seine Einigkeit, König Ludwig von Bayern mobilisierte auf Grund des mit Preußen abgeschlossenen Bündnisses seine Armee als erster deutscher Fürst. Am 19. Juli erklärte Frankreich offiziell den Krieg.

Die Bismarcksche Staatskunst hatte gesorgt, uns für alle Eventualitäten den Rücken zu decken. Rußland stand hinter uns für den Fall, daß Oesterreich Miene machen sollte, die Niederlage von 1866 wett zu machen, obwohl es damals äußerst glimpflich fortgekommen war. Die raschen und großen Siege der deutschen Waffen schalteten jede fremde Einmischung aus, die Heeresführung (Moltke), die Heeresorganisation (Kriegsminister von Roon) und die politische Leitung (Bismarck) arbeiteten mit gleicher weitschauender Genialität Hand in Hand. Die Verhältnisse lagen im Weltkriege gewiß viel schwieriger, um so nötiger wäre aber gerade in ihm die Beherrschung der Gesamtlage und die geschlossene Willenskraft gewesen, die fehlte. Deutschland schloß von seiner Friedensliebe auf die Abgeneigtheit anderer Staaten gegen den Krieg und hat die englische Einkreisungspolitik ebenso wenig gewürdigt, wie die russische Raubgier. Das letztere geht aus dem bekannten Briefe Kaiser Wilhelms an den Zaren Nikolaus mit drastischer Deutlichkeit hervor. 1870 wurde bei uns nicht mit Hoffnungen gearbeitet, sondern mit Machtfaktoren, die von einem zielbewußten Willen geleitet wurden. Damit ... nen wir, und diese Taten wollen wir auch nicht vergessen. Nicht die Theorie von heute, sondern die Erinnerungen werden uns Kraft und Willen zur Wiederaufrichtung deutscher Wohlfahrt geben!

Wm.

Das neue preußische Wahlgesetz.

Aehnlich wie das Reichswahlgesetz.

Im preußischen Ministerium des Innern ist der Entwurf des preußischen Wahlgesetzes ausgearbeitet worden, der nach der Beratung im Staatsministerium der Landesversammlung bei ihrem Wiederzusammentritt am 15. September zugehen soll.

Nach dem bisherigen Entwurf schließt sich das preußische Wahlgesetz ziemlich eng an das Reichswahlgesetz an; wesentliche Unterschiede bestehen nur in der Einteilung der Wahlkreise und Verbandswahlkreise. Entsprechend der Reichsverfassung sind wahlberechtigt alle in Preußen wohnhaften deutschen Männer und Frauen. Jeder Wähler hat eine Stimme. Das Wahlrecht der politischen Schutzhaftgefangenen ist im Gegensatz zu den übrigen Straf- und Untersuchungsgefangenen ausdrücklich gesichert. Den Tag der Hauptwahl setzt das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Aeltesten-Rat der Landesversammlung fest.

74 Wahlkreise.

Die Vorlage sieht die Einteilung des Landes in 74 Wahlkreise vor: Königsberg-Nord, Königsberg-West, Gumbinnen, Allenstein, sieben Berliner Wahlkreise, Breslau, Potsdam, Frankfurt a. Oder, Kottbus, Stralsund, Stettin, Köslin, Schneidemühl, Oels, Schweidnitz, Waldenburg, Görlitz, Liegnitz, Oppeln, Ratibor, Pleß, Beuthen, Kattowitz, Stendal, Magdeburg, Halberstadt, Bitterfeld, Halle a. S., Naumburg, Erfurt, Flensburg, Kiel, Altona, Aurich, Osnabrück, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Münster, Recklinghausen, Minden, Bielefeld, Gelsenkirchen, Dortmund, Bochum, Hagen, Arnsberg, Kassel, Hanau, Limburg, Wiesbaden, Frankfurt a. Main, Wesel, Duisburg, Krefeld, Düsseldorf, Essen, Elberfeld-Barmen, Solingen, Köln, Gummersbach, Bonn, Koblenz, Trier, Aachen und Sigmaringen.

Auf je 40 000 Stimmen ein Mandat.

In jedem dieser Wahlbezirke werden vier bis sieben Abgeordnete gewählt, und zwar so, daß auf je 40 000 für die Liste einer Partei abgegebene Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Die Reststimmen werden den Verbandswahlkreisen zugeführt. Solcher Verbandswahlkreise gibt es neunzehn, nämlich Ostpreußen, Berlin, Brandenburg, Pommern-Grenzmark, Niederschlesien I, Niederschlesien II, Oberschlesien, Magdeburg, Merseburg-Erfurt, Schleswig-Holstein, Hannover I, Hannover II, Münster-Minden, Arnsberg, Hessen-Nassau und Rheinland I bis IV. In diesen Verbandswahlkreisen entfällt wiederum auf je 40 000 Stimmen ein Mandat. Die Reststimmen der Verbandswahlkreise werden der Landesliste zugeführt, bei der in der gleichen Weise auf 40 000 Stimmen ein Abgeordneter kommt.

Die Bestimmungen über die Wahlhandlung, die Ausübung des Wahlrechtes und die Ermittlung des Wahlergebnisses entsprechen den Bestimmungen im Reichswahlgesetz. Ebenso wie dort ist auch das Wahlprüfungsgericht vorgesehen. Von den Kosten, die den Gemeinden aus den Landtagswahlen entstehen, werden ihnen vier Fünftel vom Lande ersetzt. Alle übrigen Wahlkosten trägt das Land allein.

Ein zweites Versailles.

Das Entwaffnungsprotokoll unterzeichnet. — Der Freibrief für die Besetzung des Ruhrgebiets.

In der Freitag-Vormittagsitzung verteidigte Reichsminister des Aeußeren, Dr. Simons, zunächst nochmals seine Vorbehalte in der Abrüstungsfrage und erklärte, die deutsche Delegation sei nicht berechtigt, die Besetzung weiteren deutschen Gebiets durch ihre Unterschrift zu sanktionieren, da das eine Erweiterung des Versailler Abkommens bedeuten würde und die deutschen Vertreter nicht das Recht hätten, ohne die vorherige Zustimmung des Reichstags hierüber zu entscheiden.

Lloyd George erwiderte darauf, daß die Deutschen mit dieser Bestimmung ja gar nichts zu tun hätten. Sie gehe lediglich die Entente selbst an und stelle eine Drohung dar, mit dem Zweck, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Es trat dann eine kurze Mittagspause ein, die dazu benutzt wurde, um die Dokumente zur Unterzeichnung fertigzustellen. Reichskanzler Fehrenbach erklärte sich offiziell bereit, das Gesamtprotokoll zu unterschreiben, nachdem Lloyd George nochmals klargemacht hatte: Das Protokoll besteht aus zwei Teilen, einem, der Deutschland die Pflicht der Abrüstung auferlegt, und einem zweiten, der den Alliierten Pflichten auferlegt, für den Fall, daß die Deutschen die Bestimmungen nicht erfüllen. Lloyd George erinnerte an das Abkommen, das die Deutschen im Januar unterschrieben hätten, aus dem die Berechtigung der Alliierten zur Besetzung des Ruhrgebiets hervorgehe.

Daraufhin haben die Deutschen um 1 Uhr das Protokoll unterzeichnet.

Bayern macht nicht mit.

Die bayerische Regierung hat wiederholt, wie halbamtlich mitgeteilt wird, zuletzt in der Nacht vom 8. Juli auf den 9. Juli, bei der Reichsregierung Stellung dahin genommen, daß auf die Einwohner- und Sicherheitswehr in Bayern unter keinen Umständen verzichtet werden kann, und daß die vorwiegenden Forderungen der Entente auf Entwaffnung dieser Wehren abzulehnen sei. Die Nachrichten aus Spaa haben diese Haltung der bayerischen Regierung nicht zu ändern vermocht. Sie wird von diesem ihrem unverrückbaren Standpunkt aus ihre Bemühungen fortsetzen, dem Lande den Schutz zu erhalten, dessen Staat und Volk zu ihrer Sicherheit unbedingt bedürfen.

Dies hat die bayerische Regierung in energischer Form der Entente auch direkt mitteilen lassen.

Die Bedeutung der deutschen Unterschrift. — Der Bericht Seeckts und Geßlers.

Bei dem Reichspräsidenten fand Sonnabend vormittag eine Besprechung statt, in der die aus Spaa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Geßler, Staatssekretär Albert und General v. Seeckt Bericht erstatteten. Es wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entwaffnung der Bevölkerung, das heißt also das Einsammeln der in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen gelegt habe. Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen, nachdem der Reichsminister des Aeußern zuvor erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspricht. Die Schlußformel der Unterschrift geht infolgedessen nur dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuchen werde, die Bedingungen auszuführen. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterschrift die Strafklausel nicht deckten. Es wurde weiter klargestellt, daß bei dem Nachdruck, mit dem die Einsammlung der Waffen von der Entente gemäß dem Friedensvertrag verlangt wird, Deutschland hier alsbald zu einschneidenden Maßregeln greifen muß.

Der Kohlen-Raubplan.

Millerand diktiert unerhörte Raubforderungen. — Ein neues Ultimatum.

Die Vollsitzung trat dann um 5½ Uhr zur Besprechung der Kohlenfrage wieder zusammen. Die Delegierten waren von einem zahlreichen Stabe von Sachverständigen begleitet. Ministerpräsident Millerand machte im Namen der Alliierten längere Ausführungen, die darin gipfelten, daß Deutschland mit den Kohlenlieferungen, zu denen es durch den Friedensvertrag verpflichtet sei, im Rückstand wäre. Die Alliierten hätten deshalb bestimmte Beschlüsse gefaßt, die er Deutschland mit der Aufforderung vorlegte, sie sofort zu unterzeichnen. Nach diesem Beschluß der Alliierten wird

1. den Kohlenforderungen Frankreichs die Priorität aus allen deutschen Förderungen gesichert,
2. eine alliierte Kohlenkontrollkommission mit dem Sitze in Berlin eingerichtet, um die gesamte Verteilung der in Deutschland geförderten Kohle zu überwachen und zu beaufsichtigen,
3. Deutschland zur Vorlage eines genauen Kohlenlieferungsplanes für seine gesamte Kohlenwirtschaft zur Genehmigung durch diese Kohlenkontrollkommission genötigt.
4. werden im Falle der Nichterfüllung dieser Bedingungen auf Verlangen der Reparationskommission bestimmte Strafmaßnahmen in Aussicht genommen.

Minister Dr. Simons erklärte im Namen der deutschen Delegation, daß die deutsche Regierung nicht imstande sei, ohne eingehende Besprechung mit den Sachverständigen zu der Angelegenheit sich zu äußern.

Millerand erwiderte, es würde den Deutschen „aus Höflichkeit" gestattet, Sonnabend 11 Uhr noch einmal zur Beratung zu kommen, daß aber nichts was sie sagen könnten an den Bedingungen etwas ändern würde.

Unerhört und unannehmbar.

Ueber die Art, wie sich die Verhandlungen im Konferenzsaal abgespielt haben, herrschte bei der deutschen Kohlenkommission allgemeine Entrüstung. Der Eindruck auf die Deutschen war womöglich noch niederschmetternder als der des militärischen Ultimatums. Die deutschen Sachverständigen, besonders Hugo Stinnes, sind im höchsten Grade entrüstet und Stinnes hat bereits erklärt, daß Deutschland diese Forderungen unmöglich erfüllen könne.

Bei den Beratungen der deutschen Delegation haben die Sachverständigen die Forderungen als rundweg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119200713-14/fragment/page=0005